10-PUNKTE-PLAN ZUR STÄRKUNG DER BILDUNGSQUALITÄT

Mehr datengestützte Schulentwicklung, mehr Förderkurse im Ganztag und in den Ferien, mehr ‚echte' Ganztagsschulen und Matheförderung vor der Einschulung

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Hessischen Landtag

Unsere Reaktion auf das schlechte Abschneiden beim IQB-Bildungstrend

Die Ergebnisse des aktuellen IQB-Bildungstrends 2024 zeigen einen besorgniserregenden Kompetenzrückgang bei 9.-Klässler*innen in den Fächern Mathematik, Biologie, Chemie und Physik. Bundesweit ist der Anteil der Schüler*innen, die die Mindeststandards in Mathematik nicht erreichen, seit der letzten Erhebung im Jahr 2018 um 10 Prozentpunkte auf 34 Prozent gestiegen. Auch die psychosoziale Belastung der Schüler*innen hat zugenommen. Hessen hat sich dabei nicht nur im Vergleich zu 2018, sondern auch im Vergleich der Bundesländer merklich verschlechtert. In allen vier Fächern liegen die Schüler*innenleistungen deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Gemeinsam mit Bremen, Nordrhein-Westfalen und dem Saarland bildet Hessen damit inzwischen das Schlusslicht im Ländervergleich.

Im Gegensatz dazu haben sich die Lernleistungen der Schüler*innen in Hamburg laut verschiedenen Bildungsvergleichsstudien der letzten Jahre und auch im IQB-Bildungstrend auffällig besser entwickelt. Im Gegensatz zum Bundestrend konnte Hamburg seine Ergebnisse beim IQB-Bildungstrend im Fach Mathematik weitgehend stabil halten und sich im Ländervergleich deutlich verbessern. Diese positive Entwicklung steht Expert*innen zufolge u.a. in engem Zusammenhang mit der in Hamburg seit Jahren konsequent betriebenen datengestützten Schul- und Unterrichtsentwicklung. Auch der kürzlich im Landtag von NRW vorgestellte und mit Bildungsexpert*innen erarbeitete Bericht der Enquetekommission „Chancengleichheit in der Bildung“ enthält zahlreiche fraktionsübergreifende Handlungsempfehlungen zur Stärkung der datengestützten Schul- und Unterrichtsentwicklung.

Im krassen Gegensatz dazu zeigt Kultusminister Schwarz eine regelrechte Zahlen- und Datenscheu. Zuletzt verstieg er sich zu der Aussage, dass Zahlen, bspw. der unbesetzten Lehrkräftestellen, bei der Bewertung des Lehrkräftemangels nicht hilfreich seien. Auch die von seinem Amtsvorgänger lange vorbereitete flächendeckende Erfassung des Unterrichtsausfalls an Hessens Schulen hat Kultusminister Schwarz unter dem Deckmäntelchen des Bürokratieabbaus einfach fallengelassen. Die Zahl der Schulen, die für den Sportunterricht keinen Zugang zu einer Sporthalle oder einer Schwimmhalle haben, kennt der Minister nicht, weil die Datenabfrage zu aufwändig sei. Und im Gegensatz zu anderen Bundesländern werden auch bereits vorhandene Daten nicht systematisch zur datengestützten Schul- und Unterrichtsentwicklung genutzt: Bspw. werden die Ergebnisse der Zentralen Lernstandserhebungen (VERA-Vergleichsarbeiten) in Hessen nur auf Schulebene und nicht zusammenfassend ausgewertet und somit nicht als datenbasierte Grundlage für die Bildungspolitik in Hessen nutzbar gemacht.

Auch die Problemanalyse des Kultusministers zum schlechten Abschneiden Hessens beim IQB-Bildungstrend ist nicht weniger irritierend: Zwar erkennt der Minister sicherlich richtig, dass sehr vielen Schüler*innen die pandemiebedingten Einschränkungen noch in den Knochen stecken, doch stellt sich die Frage, warum die schwarz-rote Landesregierung unter seiner Führung als Kultusminister dann als eine ihrer ersten Amtshandlungen das Corona-Aufholprogramm „Löwenstark“ abgeschafft hat. Mehr noch: Anstatt die Budgets der Schulen für zusätzliche Fördermaßnahmen weiter aufzustocken, wurden den Schulen auch noch 20 Millionen Euro aus

ihren Schulrücklagen gekürzt. Und auch das Startchancenprogramm des Bundes, mit dem in den kommenden zehn Jahren 320 hessische Schulen in herausfordernden Lagen gefördert werden, will der Kultusminister nicht mit zusätzlichen Landesmitteln unterstützen.

Für uns GRÜNE steht fest: So kann es nicht weitergehen. Die Ergebnisse des IQB-Bildungstrends 2024 markieren einen neuen Tiefpunkt der schlechten Nachrichten zur Bildungsqualität an Hessens Schulen. Damit stehen nicht nur die Zukunftschancen einer ganzen Schüler*innengeneration, sondern auch die Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft in einem rohstoffarmen Land wie Deutschland auf dem Spiel.

Deswegen schlagen wir GRÜNE einen 10-Punkte-Plan mit kurz- und mittelfristigen Maßnahmen zur Stärkung der Basiskompetenzen und zur Verbesserung der Schul- und Unterrichtsqualität an Hessens Schulen vor.

Kurzfristige Maßnahmen (noch in diesem Jahr):

1. Umfassende Auswertung der Lernstandserhebungen – mehr datengestützte Schulentwicklung

Es braucht jenseits der nur alle paar Jahre durchgeführten bundesweiten Lernvergleichsstudien eine **fortlaufende jährliche Datenerhebung und -auswertung zur Entwicklung der Lernleistung an Hessens Schulen.** Im Gegensatz zu anderen Bundesländern werden aber bspw. die Ergebnisse der Zentralen Lernstandserhebungen (VERA-Vergleichsarbeiten) in den Klassenstufen 3 und 8 in Hessen nicht aggregiert ausgewertet und veröffentlicht, sondern nur schulbezogen zur Verfügung gestellt. Damit stehen diese Daten der hessischen Bildungspolitik auf Landesebene nicht als evidenzbasierte Entscheidungsgrundlage zur Verfügung.

Wir fordern, beginnend in diesem Jahr, die Ergebnisse der Zentralen Lernstandserhebung umfassend (und datenschutzkonform) aufzubereiten und für alle Ebenen der Bildungsverwaltung zur Verfügung zu stellen. Damit kann mit relativ wenig Aufwand – denn die Daten werden ja ohnehin erhoben – ein schneller Einstieg in eine bessere datengestützte Schul- und Unterrichtsentwicklung in Hessen gemacht werden.

2. Chancenbudget für alle Schulen

Wir wollen allen Schulen dauerhaft ein Chancenbudget zur Verfügung stellen. Damit können sie in eigener Verantwortung und nach Bedarf vor Ort **Förderangebote zum Aufholen nach Corona, insbesondere im Bereich der Basiskompetenzen in Deutsch und Mathematik**, aber auch Angebote zur psychosozialen Gesundheit, zur kulturellen Bildung oder Bewegungsförderung machen. Die Höhe des Budgets soll sozialindiziert gestaffelt werden und so insbesondere die Schulen an den Orten mit den größten Herausforderungen gezielt unterstützen.

3. Ausbau der Ferienförderkurse mit Schwerpunkt auf Deutsch und Mathematik

Ferienkurse und Lerncamps sind eine gute Möglichkeit, um bereits erlernte Inhalte zu wiederholen und mögliche Lücken zu schließen. Die in den hessischen Schulferien angebotenen Lerncamps müssen deswegen

noch in diesem Jahr deutlich ausgebaut werden, um für mehr Schüler*innen in Hessen wohnortnah ein Angebot machen zu können. In den Weihnachtsferien finden bisher keine Lerncamps statt. Wir schlagen deshalb vor, die **„Hessenwoche“** (dritte Weihnachtsferienwoche) ab dem kommenden Schuljahr **zur Lern- und Förderwoche für Hessens Schüler*innen** zu machen. Zudem wollen wir für Schüler*innen mit erheblichem Förderbedarf in Deutsch und Mathematik (z.B. ab Note 4) einen R**echtsanspruch auf mindestens einen Förderkurs pro Schuljahr** schaffen. Das Land muss hierfür die nötigen Ressourcen zur Verfügung stellen und die Lehrkräfte müssen alle betreffenden Schüler*innen und ggf. deren Eltern direkt mit einem konkreten Förderangebot ansprechen.

Mittelfristige Maßnahmen (bis zum Ende der Wahlperiode):

4. Einstieg in die datengestützte Schul- und Unterrichtsentwicklung nach Hamburger Vorbild

Wir brauchen eine Kultur des regelmäßigen Messens und Evaluierens auf allen Ebenen, um die Schul- und Unterrichtsqualität an Hessens Schulen verbessern zu können – die Scheuklappenmentalität des Kultusministers nach dem Prinzip „was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß“ wird uns nicht weiterbringen. Im Gegenteil: Die Bildungsforschung weist seit längerem auf die Bedeutung von datengestützten und evidenzbasierten Entscheidungen für die erfolgreiche Qualitätsentwicklung von Schulen hin. Hamburg gilt in diesem Zusammenhang oft als Vorreiter in Deutschland. Hier generiert ein eigenes Institut systematisch Daten auf unterschiedlichen Ebenen und in unterschiedlichen Bereichen, um darauf aufbauend die Bildungspolitik, Schulen und Lehrkräfte aktiv zu beraten.

Wir GRÜNEN wollen, dass Hessen dem Hamburger Vorbild einer konsequenten datengestützten Schul- und Unterrichtsentwicklung folgt und ein **„Hessisches Institut für Bildungsmonitoring und Qualitätsentwicklung“** gründet, das umfassend Daten erhebt, analysiert und aufbereitet sowie die verschiedenen Ebenen – Lehrkräfte, Schulleitungen, staatliche Schulämter etc. – im Umgang mit diesen Daten berät und qualifiziert. Die Vorbereitungen hierfür müssen noch in dieser Wahlperiode starten. Darüber hinaus sollen die datenschutzrechtlichen Voraussetzungen für die **Einführung einer Schüler-ID und eines Bildungsverlaufsregisters für die gesamte Bildungslaufbahn von der Kita bis zum Schulabschluss** geprüft werden, um die Lernentwicklung über verschiedene Bildungsabschnitte hinweg begleiten zu können. Um die individuelle Förderung der Schüler*innen in immer heterogeneren Klassen zu verbessern und Lehrkräfte bei der Erfassung von Lernständen zu entlasten, wollen wir Programme der **digitalen Lernverlaufsdiagnostik**, wie das bereits bestehende Tool „Quop“, ausweiten bzw. **flächendeckend verbindlich einführen** – in einem ersten Schritt für die Fächer Deutsch und Mathematik von Klasse 1 bis 10. Die Kerncurricula müssen umfassend überprüft und ggfls. überarbeitet werden.

5. Entwicklungsstandtestung aller Vorschulkinder und Ergänzung der Sprachvorlaufkurse um Mathematik

Wir brauchen eine **flächendeckende und standardisierte Entwicklungsstandtestung aller Kinder etwa 18 Monate vor der Einschulung**. Bisher schätzen die Grundschulen die

Kinder bei der Schulanmeldung bezüglich ihres Sprachstands ein. Hier fehlen aber klare Standards, eine systematische Erfassung und eine aggregierte (anonymisierte) Auswertung der Ergebnisse, wie bspw. in Hamburg.

Darüber hinaus braucht es nicht nur eine Testung der sprachlichen Fähigkeiten, sondern auch des Mengen- und Zahlenverständnisses, der Motorik und des Sozialverhaltens. Auf Grundlage der Testergebnisse soll dann eine verbindliche Förderempfehlung für die Teilnahme an den **bereits verpflichtend gestellten Sprachvorlaufkursen im Jahr vor der Einschulung** gegeben werden. Diese müssen inhaltlich **um die Förderung mathematischer Grundlagen, aber auch motorischer Fähigkeiten ergänzt werden**. Diese Ergänzung muss mit Ressourcen von mindestens zwei zusätzlichen Schul- bzw. Kursstunden hinterlegt werden.

6. Ungleiches ungleich behandeln – sozialindizierte Ressourcen besser steuern und ausweiten

Der Bildungserfolg hängt in Deutschland nach wie vor wie in kaum einem anderen Land von der sozialen Herkunft ab – das hat die letzte PISA-Studie erneut bestätigt. Eine sozialindizierte Ressourcenverteilung ist deswegen ein wichtiges Instrument, um die unterschiedlichen Voraussetzungen, unter denen Schulen arbeiten, anzugleichen und dort gezielt zu unterstützen, wo die Herausforderungen aufgrund der Zusammensetzung der Schüler*innenschaft am größten sind. In Hessen haben wir bereits seit einigen Jahren einen Sozialindex, doch enthält dieser nicht genug schulscharfe Kriterien und ist deswegen ungenau. Zudem werden bisher zu wenige Ressourcen des Landes anhand der Indexwerte der einzelnen Schulen verteilt. Der hessische Sozialindex muss deswegen noch in dieser Wahlperiode unter Berücksichtigung der Erfahrungen aus anderen Bundesländern, insbesondere Hamburg, überarbeitet und dabei um mehr schulscharfe Kriterien ergänzt werden.

In einem nächsten Schritt muss die **Ressourcenzuweisung des Landes an Hessens Schulen stärker anhand dieses überarbeiteten Sozialindexes erfolgen**. In einem ersten Schritt wollen wir eine Aufstockung der Ressourcen um 150 auf 800 Lehrkräftestellen. Langfristig wollen wir erreichen, dass mindestens 5 Prozent der landesseitigen Ressourcenzuweisung (Lehrkräfte, sozialpädagogische Fachkräfte, Ressourcen für Ganztag, Inklusion etc.) zusätzlich für Schulen im unteren Drittel der Indexskala zur Verfügung stehen. Schulen mit niedrigem Sozialindex sollen insbesondere bei der Einführung bzw. Erprobung neuer Programme und Zuweisungen (s. auch Punkt 7 und 10) Vorrang haben.

7. Mehr rhythmisierte Ganztagsschulen an Schulen mit besonderen Herausforderungen

Durch eine enge Verzahnung von Angeboten am Vor- und Nachmittag sowie den Wechsel von Unterrichts-, Förder- und Freizeit bieten rhythmisierte Ganztagsschulen die große Chance, Schüler*innen besser individuell zu fördern. Insbesondere Schüler*innen, die im Elternhaus bei Schulaufgaben nicht unterstützt werden können, können durch den Besuch von rhythmisierten Ganztagsschulen profitieren. Aus diesem Grund fordern wir, analog zum fraktionsübergreifenden Vorschlag aus der Enquetekommission „Chancengleichheit in der Bildung“ in NRW, die **Entwicklung von Schulen mit besonders heterogener Schüler*innenschaft und niedrigem Sozialindex hin zu rhythmisierten Ganztagsschulen (Profil 3) stärker zu fördern**, indem sie eine höhere Ressourcenzuweisung als bisher für das Ganztagsprofil 3 erhalten.

8. Programm zur Gewinnung von Lehrkräften in Mangelbereichen

Der Lehrkräftemangel ist allgegenwärtig, wie nicht zuletzt die zahlreichen Überlastungsanzeigen, Resolutionen und Hilferufe aus der Schulpraxis zeigen. Hinzu kommt: Der Mangel ist nicht gleichmäßig verteilt. Er ist ausgerechnet dort besonders groß, wo der Bedarf am größten ist: in den MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik), wo es laut IQB-Bildungstrend erhebliche Lücken gibt, und an Schulen mit Haupt- und Realschulbildungsgang (vor allem Gesamtschulen) oder in der Förderpädagogik, wo die Schüler*innenschaft besonders heterogen und förderbedürftig ist.

Wir GRÜNEN fordern deswegen eine weitere Öffnung der Lehrkräfteausbildung, um gezielt für Mangelbereiche auszubilden. Konkret wollen wir **Modellversuche für duale Lehramtsstudiengänge und Quereinstiegsmaster in Mangellehrämtern und -fächern** starten, um u.a. durch die Vergütung im Rahmen eines dualen Studiums neue Zielgruppen für den Beruf als Lehrkraft zu gewinnen. In einem ersten Schritt könnten solche Modellversuche bspw. an zwei lehramtsbildenden Universitäten in Hessen für drei Durchläufe gestartet werden. Diese sollten vorrangig in Mangellehrämtern wie dem Lehramt für Haupt- und Realschulen, für berufliche Schulen und für Förderpädagogik sowie für Mangelfächer, bspw. im MINT-Bereich, eingerichtet werden.

9. Reform der Lehrkräftefortbildung: mehr Zeit, mehr Praxisanteile, mehr Fortbildungen im Team

Die meisten Lehrkräftefortbildungen finden im Rahmen von einmaligen Halb-Tages-Veranstaltungen statt, haben den Charakter reiner Infoveranstaltungen ohne Praxisanteil und sind deswegen wenig nachhaltig. Zur Verbesserung der Unterrichtsqualität braucht es aber einen stärkeren **Fokus auf längere Fortbildungsreihen**, die eine intensivere Auseinandersetzung mit dem Fortbildungsgegenstand ermöglichen und Inputphasen mit von den Fortbilder*innen begleiteten Erprobungs- und Anwendungsphasen im Unterricht sowie Reflexionsphasen verbinden.

Dabei ist auch die Zusammenarbeit im Fachkollegium wichtig – Fortbildungen und Professionalisierungsmaßnahmen sind wirksamer, wenn sie nicht nur von einzelnen Lehrkräften einer Schule, sondern im Fachkollegium absolviert werden und das Erlernte dann auch gemeinsam im Schulalltag implementiert wird. Hierfür braucht es nicht zuletzt **fest verankerte Zeiten zur kollegialen Fallberatung und für gegenseitige Hospitationen** im Unterricht.

10. Modellprojekt für Schulleitungstandems aus pädagogischen und administrativen Schulleitungen

Die Arbeitsbelastung von Lehrkräften in Hessen und Deutschland ist hoch. Insbesondere Schulleitungen arbeiten oft deutlich mehr, als vertraglich/beamtenrechtlich vereinbart, wie bspw. die jüngst veröffentlichte Arbeitszeitstudie mit Lehrkräften in Sachsen zeigt. Gleichzeitig haben Schulleitungen oft zu wenig Zeit, um sich um originär pädagogische Aufgaben, wie die Qualitäts- und Unterrichtsentwicklung ihrer Schule, zu kümmern, weil viel Zeit für Verwaltungsaufgaben anfällt.

Wir wollen deswegen ein **Modellprojekt für die Einführung von Schulleitungstandems aus pädagogischen und administrativen Schulleitungen an 50 Schulen** starten. Die administrativen Schulleitungen sollen mit ei-

ner 50%-Stelle die pädagogischen Schulleitungen von Verwaltungs- und Managementaufgaben entlasten. Das Modellprojekt soll an **besonders großen Schulen mit niedrigem Sozialindex** gestartet werden. Die bestehenden Qualifizierungsangebote für (angehende) Schulleitungsmitglieder müssen zudem stärker am Thema Qualitätsentwicklung von Schule und Unterricht ausgerichtet werden. Darüber hinaus sollen Schulen vom Kultusministerium und der Lehrkräfteakademie stärker durch Mustervorlagen im Bereich der Schulentwicklung unterstützt werden, damit nicht jede Schule immer wieder das Rad neu erfinden muss.

Wiesbaden, Januar 2026

Daniel May

Sprecher für Bildung, Hochschulen für angewandte Wissenschaft und Hochschulmedizin
Kontakt: 0611 / 350 794 // d.may@ltg.hessen.de
Regionalbüro: Rabanusstraße 35 // 36037 Fulda // d.may2@ltg.hessen.de

Julia Herz

Sprecherin für Frauen- und Gleichstellungspolitik, Jugend und Grundschulen
Kontakt: 0611 / 350 785 // j.herz@ltg.hessen.de
Regionalbüro: Sickingenstr. 7-9 // 34117 Kassel // j.herz2@ltg.hessen.de

Sascha Meier

Sprecher für berufliche Bildung, politische Bildung und weiterführende Schulen sowie Sprecher für Erinnerungskultur
Kontakt: 0611 / 350 783 // s.meier@ltg.hessen.de
Regionalbüro: Sickingenstr. 7-9 // 34117 Kassel // s.meier2@ltg.hessen.de

Katrin Schleenbecker

Sprecherin für Petitionen, Religion, lebensbegleitendes Lernen und schulische Inklusion
Kontakt: 0611 / 350 764 // k.schleenbecker@ltg.hessen.de
Regionalbüro: Liebigstraße 83 // 35392 Gießen // k.schleenbecker2@ltg.hessen.de